



Dokumentation der Transferwerkstatt
**Das Zentrenprogramm –
Werkzeuge für die Umsetzung**

3. / 4. Februar 2011, Hallstadt (bei Bamberg)

Katholisches Pfarrheim





Am 03. und 04. Februar fand in der fränkischen Kleinstadt Hallstadt (bei Bamberg) die dritte Transferwerkstatt der Bundestransferstelle „Aktive Stadt- und Ortsteilzentren“ statt. Die Veranstaltung, die mit ca. 100 Teilnehmern aus Bund, Ländern und Programmkommunen sehr gut besucht war, stand unter dem Thema „Das Zentrenprogramm – Werkzeuge für die Umsetzung“. Dabei ging es in erster Linie um Wissenstransfer und Austausch über Umsetzungsfragen auf instrumenteller Ebene. Die

Klärung konkreter Fragen zu den neuen Herausforderungen bei der Vorbereitung der Maßnahme (z. B. die Gebietsabgrenzung), der Begleitung (z. B. das Zentrenmanagement) oder der Ausgestaltung des Verfügungsfonds standen im Vordergrund.

1. Veranstaltungstag

Die Transferwerkstatt wurde eröffnet durch den Ersten Bürgermeister der gastgebenden Stadt Hallstadt, Markus Zirkel, und den Referatsleiter für Koordinierung der Städtebauförderung im Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung, Dr. Jochen Lang. Die Gesamtmoderation der Veranstaltung übernahm Holger Pietschmann von der Bundestransferstelle „Aktive Zentren“ / Büro Plan und Praxis GbR, Berlin.

Im Einführungsvortrag gab **Mechthild Renner** vom Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung in Bonn einen Überblick über die zentralen Werkzeuge zur Förderung aktiver Zentren. Eingangs stellte sie kurz Hintergrundinformationen vor wie die Entwicklung des Fördervolumens des Bundes, Anzahl und Charakteristika der Programmkommunen. Die Fördermaßnahmen befinden sich insbesondere in Mittel- und Kleinstädten sowie Landgemeinden. Frau Renner erläuterte die handlungsleitenden Ziele des Zentrenprogramms und verdeutlichte, dass diese eine integrative Herangehensweise nahe legen. Neben einer intensiven Öffentlichkeitsarbeit sei es wichtig, dass eine konstruktive Kommunikations-, Beteiligungs- und Kooperationskultur entstehe. In diesem Kontext wurden zum einen verschiedene informelle partizipative Ansätze angesprochen, zum anderen der Verfügungsfonds als finanzielles Anreizinstrument einer kooperativen Zentrenentwicklung skizziert.

Als weiteres zentrales Instrument thematisierte Frau Renner die Ausgestaltung integrierter Handlungsansätze. Wesentlich sei dabei, die Zentrenentwicklung in benachbarte und übergeordnete Planungen einzubinden, das Zentrum funktionsübergreifend zu betrachten und bei der Planung alle relevanten Handlungsfelder zu berücksichtigen. Für den Erfolg sei es wichtig, den gesamten Prozess schrittweise zu gestalten und akteursübergreifend, also gemeinschaftlich zu handeln. Ziel sei es, räumlich und situationsbezogen maßgeschneiderte Lösungen zu realisieren. Ferner erläuterte Frau Renner die instrumentelle Flexibilität bei der Fördergebietsabgrenzung.

Zur Begleitung und Steuerung der Zentrenentwicklung könne die Einschaltung eines Projektmanagers ratsam sein. Um eine integrative Herangehensweise einlösen zu können, sei es hilfreich, das Zentrenmanagement möglichst breit aufzustellen. Schlussendlich sei für eine erfolgreiche Zentrenentwicklung neben der Stärkung privater Initiativen die planungsrechtliche Absicherung maßgeblich.

Im anschließenden Vortrag berichtete **Christine Schweiger** von der Obersten Baubehörde im Bayerischen Innenministerium über die Umsetzung des Programms „Aktive Stadt- und Ortsteilzentren“ in Bayern. In Bayern wird an das bereits 2006 gestartete Modellvorhaben „Leben findet Innenstadt“ angeknüpft. Waren es anfangs zehn Modellprojekte, wurden im Jahr 2010 insgesamt 70 Fördergebiete in 68 Gemeinden aus dem Programm unterstützt, vorwiegend Klein- und Mittelstädte im ländlichen Raum.

Ein zentrales Instrument bei der Umsetzung des bayerischen Programms sind die integrierten städtebaulichen Entwicklungskonzepte, deren Einbindung in gesamtörtliche sowie in interkommunale Konzepte gewährleistet sein müsse. Entsprechend der Programmphilosophie einer möglichst ausgeprägten öffentlich-privaten Kooperation sei vor allem eine breite Beteiligung aller relevanten Akteure anzustreben. Die Einführung und Umsetzung von Verfügungsfonds, in Bayern als öffentlich-privater Projektfonds bezeichnet, ist ein wichtiger Bestandteil dieses Kooperationsansatzes. Die Kommunen werden dabei durch eine Leitlinie des Ministeriums unterstützt. Der Projektfonds konnte bisher bereits in 37 von 70 Gebieten eingerichtet werden.

Ferner seien Öffentlichkeitsarbeit und Kommunikation elementar im Prozess der Zentrenentwicklung. Zur Qualifizierung von Standorten seien einerseits die Qualitätssicherung, z. B. durch Planungs- und Architektenwettbewerbe, andererseits vor allem Investitionen notwendig. Welche positiven Auswirkungen ein verbessertes Investitionsklima und kommunale Investitionen als Impulsprojekte haben, verdeutlichte Frau Schweiger anhand zahlreicher Beispiele in den Handlungsfeldern öffentlicher Raum und kulturelle Infrastruktur. Ihren Vortrag beendete Frau Schweiger mit einem Ausblick auf künftige Themen und Aufgaben: Hier benannte sie in erster Linie den demographischen Wandel, Einzelhandel und Nahversorgung, Investitionen in die Zentren und den Aufbau nachhaltiger Kooperationsstrukturen.

Nach einer kurzen Einführung in den weiteren Veranstaltungsablauf diskutierten die Teilnehmer parallel in drei unterschiedlichen Arbeitsgruppen über die Instrumente des Zentrenprogramms.



In der ersten Arbeitsgruppe, die von **Katharina Janke** moderiert wurde, ging es um die Gebietsabgrenzung und die Erarbeitung der integrierten Handlungskonzepte als Vorbereitung der Zentrenentwicklung. Den Input lieferte **Torsten Bock** von der Deutschen Stadt- und Grundstücksentwicklungsgesellschaft (DSK), der über die verschiedenen Möglichkeiten der Gebietsabgrenzung referierte und am Beispiel der brandenburgischen Stadt Guben

nicht nur die praktische Umsetzung der Abgrenzung, sondern auch die Inhalte des integrierten Stadtentwicklungskonzeptes verdeutlichte.

In der Diskussion wurden die unterschiedlichen Herangehensweisen an beide Themen offensichtlich. Nicht nur durch die Größe der Kommunen – die Teilnehmer der Arbeitsgruppe kamen aus Kommunen mit Einwohnerzahlen zwischen 800 und 300.000 – sondern auch zum Beispiel durch die unterschiedlichen Vorgaben der Bundesländer zum Thema „Überlagerung von Fördergebieten“ sind die Umsetzungserfahrungen sehr heterogen. In der Arbeitsgruppe wurde berichtet, dass die Fördergebiete des Zentrenprogramms häufig als Sanierungsgebiet festgelegt wurden. Oftmals – so die Anwesenden – war die entsprechende Festlegung bereits lange vor

dem Beginn des Zentrenprogramms erfolgt. Die Flexibilität der Möglichkeiten zur Gebietsabgrenzung im Rahmen des Programms „Aktive Stadt- und Ortsteilzentren“ wurde von den Teilnehmern der Arbeitsgruppe durchweg als positiv bewertet. Im Vorfeld der Gebietsfestlegung muss im Rahmen der Vorbereitungen, also bei der Erstellung des integrierten Handlungskonzeptes, überlegt werden, welche Ziele erreicht werden sollen. Zu berücksichtigen sei dabei auch, ob beispielsweise Ausgleichsbetragshebungen oder steuerliche Abschreibungsmöglichkeiten in Frage kommen sollen. Einigkeit herrschte darüber, dass die Konzepte ein Arbeitsprogramm bzw. einen integrierten Durchführungsplan enthalten sollten. Die möglichst detaillierte Ausformulierung der Ziele sei auch im Hinblick auf deren Evaluierbarkeit entscheidend. Von großer Bedeutung sei die Festlegung von Verantwortlichkeiten bei der Programmsteuerung und der Umsetzung der formulierten Ziele.

Die zweite Arbeitsgruppe, die von **Holger Pietschmann** moderiert wurde, befasste sich mit den Prozessen, Inhalten und Akteuren des Zentrenmanagements. Die Arbeitsgruppe startete mit einem Impulsreferat von **Edith Obrusnik**, Projektmanagerin in der nahe Hallstadt gelegenen Gemeinde Litzendorf.



Zunächst wurden die Rahmenbedingungen der Gremien vor Ort erläutert und diskutiert. In Litzendorf ist die Steuerungs-/Lenkungsgruppe, in der die Privatpersonen die Stimmenmehrheit haben, zunächst als ein nicht eingetragener Verein etabliert worden. Aus Haftungsgründen erfolgte zu einem späteren Zeitpunkt die Eintragung in das Vereinsregister. Aufbauend auf der konkreten Schilderung der Ausgestaltung des Zentrenmanagements in Litzendorf

wurde die Frage gestellt, welches Anforderungs- und Qualifikationsprofil hier an den oder die Zentrenmanager(in) gestellt werden müsse. Aus Sicht der Referentin zählen zum Qualifikationsprofil einer Zentrenmanagerin eine hohe Kommunikationsfähigkeit, Organisationstalent, Kreativität, Offenheit, Verbindlichkeit und die Freude an der direkten Arbeit mit Menschen. Die Person müsse ein „Teamplayer mit Führungsqualitäten“ sein. Dieses Profil wurde durch die Teilnehmer der Arbeitsgruppe bestätigt.

Im Anschluss wurde die Frage möglicher Finanzierungsquellen für das Zentrenmanagement diskutiert. Eine Finanzierung aus Mitteln des Verfügungsfonds scheint möglich, ist jedoch abhängig von der Größe der Kommune und vom Finanzvolumen des Fonds. Wichtig ist es, von Anfang an auf die Einbindung vorhandener Strukturen (z.B. lokale Vereine oder Interessengemeinschaften) zu setzen und keine neue Parallelstruktur zu schaffen. Weiterhin wurde diskutiert, wie das umfassende Anforderungsportfolio mit dem in der Regel nur unzureichenden Budget für das Zentrenmanagement in Einklang zu bringen sei. Hierbei wurde angemerkt, dass neben der vor Ort tätigen Person ein hinreichend ausgestattetes „Backoffice“ für besondere Fragestellungen und für intensive Arbeitsspitzen zur Verfügung sollte. In der Diskussion wurden weitere Probleme und Fragen besprochen, die deutlich zeigten, dass es bei der Ausgestaltung des Zentrenmanagements vor allem auf die individuelle Situation vor Ort ankommt und allgemeingültige Aussagen zu bestimmten Fragestellungen nur schwerlich getroffen werden können.

Die dritte Arbeitsgruppe, moderiert von **Christoph Haller**, beschäftigte sich mit dem Instrument des Verfügungsfonds. In seinem einführenden Vortrag berichtete **Dr. Volker Salm** (Planungsbüro Heinritz, Salm und Stegen aus München) über Erfahrungen in der Umsetzung dieses Instruments aus den bayerischen Programmkommunen Ebersberg, Höchberg und Schierling.

Im Anschluss daran entstand unter den Teilnehmern der Arbeitsgruppe eine lebhafte Diskussion über das Maßnahmenspektrum, die Fördergegenstände, sowie über die Zusammensetzung der Vergabegremien und die Modalitäten der Mittelvergabe des Verfügungsfonds. Im Gegensatz zu den Erfahrungen aus den bayerischen Programmkommunen, wo die Akquise einer „Anschubfinanzierung“ meist vergleichsweise unproblematisch war, berichteten zahlreiche Teilnehmer von Schwierigkeiten bei der Mittelakquise. Hier wurde betont, dass die persönliche Ansprache von potenziellen Geldgebern unumgänglich sei, auch wenn dies für die verantwortlichen Akteure (zumeist Mitarbeiter der kommunalen Verwaltung) einen hohen Zeitaufwand bedeute. Gewisse Unklarheiten bestehen vielerorts auch noch bei Fragen zur Förderfähigkeit bestimmter Maßnahmen sowie hinsichtlich der steuerlichen Abzugsfähigkeit von Geldern, die in den Verfügungsfonds eingespeist werden.

Unter den Teilnehmern der Arbeitsgruppe herrschte Einigkeit darüber, dass der Verfügungsfonds ein wichtiges und gutes Instrument der Akteursaktivierung darstellt, das sich im weiteren Umsetzungsprozess noch einspielen muss. Wie so oft gelte hier das Motto „Der Weg ist das Ziel“. Es wurde betont, dass die Wirkungen dieses Instruments weniger in baulich-investiven Umsetzungsmaßnahmen, sondern vielmehr in der Etablierung tragfähiger Kooperationsstrukturen zwischen öffentlicher Hand und privaten Akteuren zu sehen sei.



Anschließend teilte jeweils ein Berichterstatter aus den Arbeitsgruppen im Podiumsgespräch mit **Holger Pietschmann** dem Plenum die Ergebnisse mit.

Der erste Veranstaltungstag endete in informeller Atmosphäre. Im Veranstaltungsraum bestand für die Teilnehmer die Gelegenheit, sich über die Programmumsetzung zu informieren. Vertreter aus etwa einem Dutzend Programmkommunen standen im Rahmen einer Posterpräsentation für Diskussionen und Erläuterungen zur Verfügung. Der Ausklang wurde zudem intensiv zum fachlichen Austausch mit den Veranstaltern und Referenten genutzt.

2. Veranstaltungstag

Zum Auftakt des zweiten Veranstaltungstages stellte **Markus Zirkel**, Erster Bürgermeister von Hallstadt, die Planungen und den Umsetzungsstand der Zentrenentwicklung in Hallstadt vor. Unter dem Leitbild „Innenentwicklung vor Außenentwicklung“ sollen in Hallstadt die Bevölkerung stabilisiert, die Stadt als kulturelles Zentrum mit touristischen Aktivitäten gestärkt und zukunftsfähige Standortbedingungen für Wirtschaft und Einzelhandel geschaffen werden. Natürliche Standortpotenziale sollen erhalten und vernetzt sowie das Verkehrssystem umweltgerecht und bedarfsbezogen umgestaltet werden. Der Stadtkern soll mit der Umsetzung des Konzepts der „Neuen Stadtmitte Hallstadt“ von innen heraus neue Strahlkraft und neues Leben erhalten und somit wieder zu einem erlebbaren Mittelpunkt der Stadt werden. Hallstadt ist jedoch nicht nur innerhalb der Gemeindegrenzen um eine integrierte Stadtentwicklung bemüht, sondern arbeitet auch aktiv mit der Stadt Bamberg sowie den Kommunen des Landkreises zusammen und engagiert sich interkommunal u. a. in Projekten zur Stadtbildpflege, des öffentlichen Personennahverkehrs, der sozialen Infrastruktur und zum Klimaschutz.

Einen Schwerpunkt seines Vortrages legte Herr Zirkel auf die Sicherung der Nahversorgung in Hallstadt. Dem Rückzug großer Filialisten aus dem Zentrum soll mit einem Einzelhandelskonzept begegnet werden, das in mehreren Werkstätten gemeinsam mit lokalen Akteuren und externen Fachleuten erarbeitet wurde. Mit dem modellhaften Konzept der „Marktscheune“ soll durch eine innovative Architektur und hohe Aufenthaltsqualität Aufmerksamkeit erzeugt werden. Die „Marktscheune“ als Nahversorgungsstandort mit Direktvermarktung ist als Vollsortimenter im Bereich Lebensmittel, einer Drogerieabteilung sowie einer Regionaltheke geplant. Der Pachtzins soll umsatzabhängig erhoben werden und die Bürger können sich durch die Möglichkeit, Anteile der Betreibergesellschaft zu zeichnen, einbringen. Für die bauliche Umsetzung wurde ein Architekturwettbewerb durchgeführt.

Auf dem anschließenden Rundgang durch das Hallstadter Zentrum konnten die Teilnehmer der Transferwerkstatt einen eigenen Eindruck von der zuvor beschriebenen Situation gewinnen. Am Marktplatz wurde die Belastung des Zentrums durch die Hauptverkehrsstraße deutlich. Am geplanten Standort der "Marktscheune" in der neuen Stadtmitte wurden die schwierige topographische Situation und die zu klärenden Grundstücksverhältnisse für die Neuordnung erläutert. Mit dem Stadtmuseum wurde eine bereits teilweise umgesetzte Maßnahme der Zentrenentwicklung im Kontext weiterer geplanter Vorhaben vorgestellt.



Im Anschluss an den Rundgang gab **Christoph Haller** einen Überblick über die bisherige Umsetzung des Programms „Aktive Stadt- und Ortsteilzentren“ aus Sicht der Bundestransferstelle:

- Das Programmvolumen hat sich von 40 Mio. Euro im Jahr 2008 auf 90 Mio. Euro im Jahr 2011 mehr als verdoppelt.
- Das Programm umfasst im Jahr 2010 insgesamt 283 Kommunen mit 314 Fördergebieten.
- Mehr als die Hälfte der Programmkommunen sind Klein- und Mittelstädte mit unter 25.000 Einwohnern.
- Die überwiegende Mehrzahl der Fördergebiete sind innerstädtische Stadtzentren – nur etwa 15 % sind Stadtteil- oder Ortsteilzentren.
- Spezifika gibt es in den Ländern hinsichtlich Auswahl und Anzahl der Programmkommunen, der „Vorgeschichte“ bzw. parallel laufender Landesinitiativen, der spezifischen Profilierung des Zentrenprogramms, der Überlagerung unterschiedlicher Fördergebiete sowie der Programmbegleitung und -steuerung durch Netzwerkbildung / Handlungsleitfäden.

Anschließend stellte Herr Haller verschiedene Maßnahmen in den einzelnen Handlungsfeldern aus den Programmkommunen vor und betonte, wie wichtig die Verknüpfung der unterschiedlichen räumlichen Ebenen, sektoralen Handlungsfelder und Akteure für den integrativen Entwicklungsansatz sei. Mit Bezug zum Thema der Transferwerkstatt berichtete er über die komplexen Herausforderungen, die differenzierten Ansätze und den unterschiedlichen Stand bei der Erarbeitung und Umsetzung der integrierten Entwicklungskonzepte sowie über die heterogenen Auffassungen der Intensität des Zentrenmanagements.

Seinen Vortrag schloss Herr Haller mit einer Zwischenbilanz über die bisherigen drei Jahre der Programmumsetzung, stellte in knapper Form die Perspektiven vor und gab Handlungsempfehlungen für die weitere Programmausgestaltung.

Anschließend referierte **Doris Lamsfuß** vom saarländischen Ministerium für Umwelt, Energie und Verkehr über die lokalen Gremien und das Zentrenmanagement in den Programmkommunen des Saarlandes. Ein vom Ministerium herausgegebener Leitfaden biete zahlreiche Empfehlungen zur Akteurs- und Kooperationsstruktur, die vor Ort an die jeweilige Situation angepasst werden können. Die Lenkungsgruppen stellen neben dem Zentrenmanagement das wichtigste steuernde und begleitende Instrument der Programmumsetzung dar. Frau Lamsfuß sprach nicht nur über Aufgaben, Kompetenzen und Organisation der Lenkungsgruppen, sondern gab auch Empfehlungen zu deren Zusammensetzung, Konstituierung und Größe.

Den zweiten Teil ihres Vortrages widmete sie dem Zentrenmanagement und beschrieb dessen Aufgaben, fachliche Qualitäten und Kompetenzen. Darüber hinaus machte sie Vorschläge zur Ausbildung des Zentrenmanagements sowie zur Form der Zusammenarbeit und zur Vertragsgestaltung.

Fritz Wallner berichtete im Anschluss von der zielgruppenorientierten Öffentlichkeitsarbeit für eine aktive Zentrenentwicklung der in der Nähe von Regensburg gelegenen Marktgemeinde Schierling. Er betonte, dass eine gezielte und permanente Öffentlichkeitsarbeit die wahrscheinlich wichtigste Grundlage für hohe Akzeptanz und Interesse bei der Bevölkerung sei. Öffentlichkeitsarbeit, verstanden als Element eines integrierten Ansatzes, steigere die Identifikation der Bevölkerung mit ihrer Gemeinde und animiere zu privatem Engagement.

Herr Wallner beschrieb sehr anschaulich verschiedene Projekte, z. B. den kommunalen Jugendentag „DemoCrazy“, dessen Ergebnisse in die Entwicklung des Gesamtgebietskonzeptes eingeflossen sind, die Familien-Rallye durch den Ortskern oder die Marktsonntage, die der Stärkung des Einzelhandels im Ortskern dienen. Elemente der Öffentlichkeitsarbeit sind u. a. die zweimal jährlich erscheinende Zeitung „Schierling Exklusiv“, eine intensive und kontinuierliche Berichterstattung in der Tagespresse, der jährlich herausgegebene Jahresrückblick „Schierling-Vorsprung-Echo“, der auch als Ergebnisdokumentation der Maßnahmen des Zentrenprogramms dient, sowie eine Internetplattform.

Den abschließenden Vortrag hielt **Prof. Dr. Thomas Krüger** zum Thema Trägerschaften und Organisationsformen privat-öffentlicher Kooperationen. Als Inhaber des Lehrstuhls Projektentwicklung und Projektmanagement an der HafenCity Universität Hamburg beschäftigt sich Prof. Krüger insbesondere mit der Kooperation öffentlicher und privater Akteure. Das traditionelle Verhältnis in diesen Kooperationen habe sich gewandelt – es seien neue öffentlich-private Partnerschaften entstanden.

Nach einem Überblick über die Akteure der Innenstadtentwicklung ging Prof. Krüger auf das Modell der „Urban Improvement Districts“ ein. Dabei handelt es sich um eine hoheitlich unterstützte Kooperation Privater, bei der Eigentümer aus privater Eigeninitiative heraus zeitlich befristet zusammenarbeiten. Er berichtete von den Erfahrungen aus der bisherigen Praxis in Hamburg, stellte die Kernfragen bei Kooperationen aus Sicht der privaten Akteure dar und fasste zusammen, was „Urban Improvement Districts“ leisten können und was nicht. Kooperationen öffentlicher und privater Akteure seien eine große Herausforderung für den öffentlichen Sektor und es gelte, das Gemeinwesen als diskussionsfähiges Gegenüber zu installieren, wobei die Gemeinde nur ein starker Partner sei, wenn alle Ressorts und Einrichtungen zusammenarbeiten. Insofern bestünden wichtige Parallelen zum kooperativen Ansatz des Städtebauförderprogramms Aktive Zentren.

Zum Abschluss der Transferwerkstatt dankte **Dr. Jochen Lang** vom Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung allen Beteiligten für die gelungene Veranstaltung. Im Hinblick auf die Zukunft der Städtebauförderung sei es wichtig, dass die Kommunen und Länder ihre Erfolge, Wünsche und Anregungen kommunizieren und ihre Verantwortung bei der Umsetzung der Stadtentwicklung wahrnehmen, die der Bund immer nur flankierend unterstützen könne.

Nach dem Ende der Veranstaltung wurde ein Rundgang durch das Fördergebiet „Sand“ in Bamberg angeboten. **Thomas Beese** vom Stadtplanungsamt Bamberg informierte die rund 50 Teilnehmer bereits während des Bustransfers nach Bamberg über die Rahmenbedingungen und die Fördermaßnahmen in dem Gebiet. Vor Ort konnten zunächst Maßnahmen und Resultate zur Erhöhung der Aufenthaltsqualität entlang des Uferbereiches der Regnitz besichtigt werden. Weitere Stationen des Rundgangs waren der neugestaltete Brückenkopfbereich der Markusbrücke einschließlich des Treppenaufgangs, die in Sanierung befindliche Elisabethkirche sowie die Präsentation der umfangreichen Neugestaltung des öffentlichen Straßenraumes, der in der Oberen Sandstraße zum Großteil als Mischverkehrsfläche barrierefrei umgebaut wurde. Die Teilnehmer konnten sich davon überzeugen, dass in dem historischen Altstadtquartier durch die Maßnahmen des Zentrenprogramms zahlreiche private Sanierungsmaßnahmen angestoßen und neue Geschäfte sowie Gastronomie eröffnet wurden.



Kontakt:

Bundestransferstelle Aktive Stadt- und Ortsteilzentren

c/o Plan und Praxis GbR
Manteuffelstr. 111
10997 Berlin

Fon 030 – 60031521

Fax 030 – 60031522

www.aktivezentren.de

aktivezentren@planundpraxis.de